

# Soziale Sicherung per Tarifvertrag – Ausmaß und Bewertungen

**Prof. Dr. Thilo Fehmel**  
WSI-Herbstforum 2018  
Berlin, 21. November 2018

## Ausgangsbeobachtung: Bedeutungszunahme von Tarifsozialpolitik

- zunehmende Übertragung sozialpolitischer Verantwortung an die Tarifvertragsparteien:  
Vertariflichung sozialer Sicherung
- Hypothese:  
Tarifsozialpolitik vermehrt substitutiv statt komplementär zu sozialstaatlichen Leistungen:  
Vertariflichung = Entstaatlichung
- Entstaatlichung als Wandel staatlicher Verantwortung im Bereich sozialer Sicherung:  
weg von Erfüllens-, hin zu Gewährleistungsverantwortung

## Untersuchung: Fragen, Design, empirisches „Feld“

- zwei zentrale empirische Anliegen des Forschungsprojektes<sup>1)</sup>:
  - a) Bestandsaufnahme tarifvertraglicher Regelungen mit sozialpolitischem Inhalt (TV-Auswertung)
  - b) Analyse der Einschätzungen/ Positionen der Tarifparteien zu Tarifsozialpolitik (Interview-Auswertung)
  
- Eingrenzung des Untersuchungsfeldes:
  - a) sozialpolitische Regelungsbereiche:  
Alter, Gesundheit, Beschäftigungssicherung, Pflege, Vereinbarung von Erwerbs- und Sorgearbeit
  - b) untersuchte Branchen resp. Tarifbereiche:  
Bauhauptgewerbe, Chemische Industrie, Einzelhandel, Privates Bankgewerbe

## Ergebnisse:

### a) tarifvertragliche Regulierung (TV-Auswertung)

#### ***„Gesundheitspolitik“ per Tarifvertrag***

- gesundheitsbezogene tarifliche Regulierung als älteste Form tariflicher Sozialpolitik (1950er Jahre)
- vorwiegende Regelungsinhalte:  
Arbeitsschutz, Gesundheitsförderung, Krankheitsfall, Rehabilitation, Invalidität, Sterbefall
- keine tarifliche Regulierung des Risikos „eigener Pflegefall“
- im Vgl. der Regelungsbereiche im Regelungsfeld Gesundheit höchste tarifliche Regelungsdichte
- aber:  
Regelungen idR schon sehr alt und kaum verändert;  
keine Vertariflichungstendenzen

## Ergebnisse:

### a) tarifvertragliche Regulierung (TV-Auswertung)

#### *„Arbeitsmarktpolitik“ per Tarifvertrag*

- Arbeitsmarktpolitische Themen ebenfalls als frühe Form tariflicher Sozialpolitik (1960er Jahre)
- zentrale Regelungsinhalte:  
Beschäftigungsschutz (Rationalisierungsschutz, ergänzende Leistungen zu KuG, Altersteilzeit als Beschäftigungspolitik)
- Regelungen bei bereits eingetretener Erwerbslosigkeit  
selten tariflich geregelt
  
- im Vgl. der Regelungsbereiche im Regelungsfeld Beschäftigungsschutz hohe Reglungsdichte
- TV üblicherweise kontextabhängig befristet;  
keine Vertariflichungstendenzen

## Ergebnisse:

### a) tarifvertragliche Regulierung (TV-Auswertung)

#### *Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit per Tarifvertrag*

- Vereinbarkeitsthemen als Gegenstand staatlicher Arbeitsmarkt- und Familienpolitik seit den 1980er Jahren
- Zaghafte tarifliche Regulierung erst seit den 2000er Jahren
- Regelungsschwerpunkte in Tarifverträgen:  
Teilzeitarbeit, Eltern-, Pflege-, Familienzeiten; meist als gesetzesbegleitende Entgeltfortzahlungsansprüche
- Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Tarifverträgen allenfalls ein Randthema
- keine ausgeprägte Tarifsozialpolitik; geringe Vertariflichungstendenzen

## Ergebnisse:

### a) tarifvertragliche Regulierung (TV-Auswertung)

#### *Altersbezogene Tarifsozialpolitik*

- „Alter“ seit den 1980er Jahren zunehmend wichtiges Regelungsfeld; mittlerweile Schwerpunkt tariflicher Sozialpolitik
- Regelungsschwerpunkte in Tarifverträgen:
  - Vorruhestand (beginnend 1980er Jahre)
  - Altersteilzeit (bgnnd. 1990er Jahre)
  - betriebliche/ tarifliche Altersversorgung (bgnnd. 2000er Jahre)
  - alter(n)s-gerechte Arbeit (bgnnd. 2010er Jahre)
- insb. bAv/tAv fungiert zunehmend als Ersatz für Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rente („Versorgungslücke“)
- zunehmend stark ausgeprägte und ausdifferenzierte Tarifsozialpolitik; massive Vertariflichungstendenzen

## Ergebnisse:

### a) tarifvertragliche Regulierung (TV-Auswertung)

#### *Vergleichende Betrachtung und Generalisierung*

- Ausmaß und Tiefe von Tarifsozialpolitik sowie Intensität von Vertariflichungsprozessen differieren...
  - im Vergleich der Regelungsfelder
  - im Branchenvergleich
- Branchenunterschiede sind systematisch; differierende Handlungsbedingungen als erklärende Faktoren:
  - Branchenstrukturen
  - Arbeits- und Einkommensbedingungen
  - gewerkschaftliche Verhandlungs- und Konfliktmöglichkeiten
  - Bindungs- und Verpflichtungsfähigkeit der Tarifparteien



## Ergebnisse:

### a) tarifvertragliche Regulierung (TV-Auswertung)

#### *Verteilungspolitische Konsequenzen*

- Chancen des Zugangs zu tariflicher sozialer Sicherung abh. von:
  - Tarifbindung, Betriebsrat, Umgang mit Öffnungsklauseln etc.
  - sektoraler und regionaler Zugehörigkeit
  - Unternehmensgröße u.Ä.

→ **Ungleichheit beim Zugang zu tariflicher Sozialpolitik**
- Tarifpluralität bedeutet Heterogenität bzgl. Reichweite, materiellem Niveau, zeitlicher Dauer tarifsozialpolitischer Elemente:
  - unterschiedliche Tarifverträge
  - unterschiedliche Anwendung ein und desselben Tarifvertrages
  - Unterschiede im Nutzungsverhalten der Beschäftigten

→ **Niveau-Ungleichheit bei/infolge tariflicher Sozialpolitik**

## Ergebnisse:

### b) Einschätzungen der Tarifparteien (Interview-Auswertg.)

#### ***Arbeitgeberverbände:***

#### ***einhellige Befürwortung einer Vertariflichung sozialer Sicherung***

- Gründe / Motive:
  - Arbeitskostenreduzierung für Unternehmen
  - ordnungspolitische Prinzipien (Deregulierung, schlanker Staat)
  - staatliche Sozialpolitik soll Mindeststandards und Tarifsozialpolitik soll Rahmenbedingungen setzen; Betriebsparteien sollen möglichst großen Gestaltungsraum für Fragen sozialer Sicherheit haben
- generell: kein Interesse der AGV an verbindlichen tariflichen Vorgaben; Vertariflichung als Verbetrieblichung sozialer Sicherung

## Ergebnisse:

### b) Einschätzungen der Tarifparteien (Interview-Auswertg.)

#### *Gewerkschaften:*

#### *unterschiedliche Positionen zu Tarifsozialpolitik / Vertariflichung*

- Meinungspol: „sozialpolitischen Gestaltungsauftrag zurückweisen“
  - Grundsatzargument:  
Tarifsozialpolitik als Beteiligung an Sozialstaatsabbau
  - Handlungsargument:  
v.a. in Tarifbereichen mit vglw. geringer Konfliktfähigkeit
- Meinungspol: „sozialpolitische Gestaltungsmöglichkeiten nutzen“
  - Grundsatzargument:  
Sozialstaatswandel lieber mit als ohne gewerksch. Beteiligung
  - Handlungsargument:  
v.a. bei ausgeprägter Sozialpartnerschaft bzw. Konfliktfähigkeit

# Soziale Sicherung per Tarifvertrag – Ausmaß und Bewertungen

## Vielen Dank!

Prof. Dr. Thilo Fehmel

Professur für Sozialadministration und Sozialpolitik  
Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig  
[thilo.fehmel@htwk-leipzig.de](mailto:thilo.fehmel@htwk-leipzig.de)

## Zum Nach- und Weiterlesen:

Fröhler, Norbert; Fehmel, Thilo (2018):  
Tarifvertragliche Regulierung sozialer Sicherung. Deutschland  
und Österreich im Vergleich.  
Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf  
Working Paper Forschungsförderung, Nr. 76

online verfügbar unter:

<https://www.boeckler.de/6299.htm?produkt=HBS-006911&chunk=1>

1)

Forschungsprojekt „Sozialpolitik per Tarifvertrag“  
Förderung durch die Hans Böckler Stiftung  
Forschungsschwerpunkt: Zukunft des Wohlfahrtsstaats  
Projektnummer: 2015-869-4  
Projektlaufzeit: 10/2015 – 12/2018